

# Lebensbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR

<b>I. Der Sozialismus hat abgewirtschaftet</b> .....	2
<b>II. Wie leistungsfähig ist die DDR?</b> .....	3
Arbeitsproduktivität .....	4
Arbeitszeit .....	4
An den Bedürfnissen vorbeiproduziert .....	5
Unmenschliche Arbeitsbedingungen .....	5
Selbständigkeit nicht gefragt .....	6
<b>III. Niedrige Einkommen, niedriger Lebensstandard</b> ..	7
Einkommen .....	7
Ausstattung mit Gebrauchsgütern des gehobenen Bedarfs .....	8
Versorgung mit Konsumgütern .....	9
Urlaubsanspruch .....	9
<b>IV. Schlechte Wohnqualität</b> .....	9
<b>V. Soziale Illusion in der DDR</b> .....	10
Sozialversicherung .....	10
Renten — und was man davon erwerben kann .....	11
Gesundheitswesen in der DDR .....	11
Sozialfürsorge / Sozialhilfe .....	12
<b>VI. Umweltverschmutzung als Normalzustand</b> .....	13
Wasser .....	14
Luft .....	15

# I. Der Sozialismus hat abgewirtschaftet

Auch Experten aus der DDR und anderen sozialistischen Ländern sehen dies inzwischen so:

**„Ich kann nirgendwo im sozialen Umfeld eines Gemeinwesens, die konkrete Umwelt eingeschlossen, etwas ausmachen, was bestätigt, daß sich die Konzeption der DDR in irgendeiner Weise gegenüber der Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland als überlegen und erstrebenswert ausgewiesen hätte.“** (Gernot Schneider, Wirtschaftswissenschaftler aus der DDR, der bis 1982 in Ost-Berlin Führungskräfte der DDR-Wirtschaft ausgebildet hat, Berufsverbot bekam, ausgewiesen wurde und heute als Privatdozent in der Bundesrepublik Deutschland arbeitet.)

Die Lage der Wirtschaft der DDR ist nach den Worten des DDR-Wirtschaftsexperten Wolfgang Seiffert weit schlechter als bisher bekannt. Noch seien nicht alle Fakten auf dem Tisch, der wirtschaftliche „Aschermittwoch“ stehe der DDR erst noch bevor, sagte der seit 1978 in der Bundesrepublik lebende frühere Berater von Erich Honecker. Eine Entscheidung der DDR für eine marktwirtschaftliche Ordnung sei unausweichlich. (ddp-Agenturmeldung, 14. 12. 1989)

**„Die sozialistische Planwirtschaft in der DDR hat ausgedient.“** (Klaus Leciejewski, ehemaliger Ökonomie-Professor an der Ostberliner Humboldt-Universität, 11. 11. 1989, FAZ)

**„Sozialismus, das ist doch immer nur Krieg gegen das eigene Volk.“** (Valentin Falin, ehemaliger sowjetischer Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland)

**„Was für ein Unsinn ist es, darüber zu streiten, wie man am besten lebt: Unter dem Kapitalismus oder dem Sozialismus — wo doch unter dem Sozialismus bis jetzt keiner wirklich gelebt hat.“** (Die lettische Zeitung „Sowjetskaja Molodosch“ [sowjetische Jugend] in einem Bericht über die Stimmung der Bevölkerung in dieser baltischen Sowjetrepublik, in: FAZ v. 15. 11. 1989)

**„Wir kommen um eine Marktwirtschaft nicht herum. Vor einem halben Jahr wurde noch gesagt, marktorientierte Wirtschaft sei kapitalistische Wirtschaft. Das ist ganz großer Unfug.“** (Prof. Siegfried Schiller, stellvertretender Direktor des Instituts Manfred v. Ardenne, BPA/DDR-Spiegel v. 28. 11. 1989, Bildaufzeichnung v. „Elf 99 Talk“, v. 24. 11. 1989)

**„Gründlich gescheitert ist das Gesellschaftskonzept, das man unter dem Begriff des Marxismus-Leninismus zusammenfaßt.“** (Heinz Warzecha, Generaldirektor des Werkzeugmaschinenkombinats „7. Oktober“, in: Die Zeit, 1. 12. 1989)

**„Ich wünsche uns eine leistungsgebundene, ökologieorientierte, soziale Wirtschaft mit marktwirtschaftlicher Orientierung.“** (Wolfgang Berghofer, früher SED, Oberbürgermeister von Dresden, in: Der Spiegel, Nr. 50/1989, 11. 12. 1989)

„Es gibt keine gangbare Alternative zur Marktwirtschaft, sozial und ökologisch, an einem demokratischen Staat orientiert.“ (Prof. Albert Jugel, Professor an der TU Dresden, in: FAZ, 11. 1. 1990)

„In seinen Grundkonzepten und Grundkonturen ist es so, daß dieses System (der bisher praktizierte Sozialismus) sich als nicht fähig erwiesen hat, das zu erreichen, was unser tiefstes humanistisches Anliegen war . . . Es ist auf jeden Fall nicht machbar, den Sozialismus zu reparieren.“ (Hans Modrow, DDR-Ministerpräsident der SED-PDS, in einer 3-Sat-Sendung, Dokumentation in: Die Welt, 9. 1. 1990)

In diesem Zusammenhang muß auch den Theorien eine Absage erteilt werden, die glauben, daß es eines langen Übergangszeitraums von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft bedürfe. Es gibt keinen fließenden Übergang. Wenn man den Straßenverkehr von Links- auf Rechtsverkehr umstellen will, dann kann man nicht probeweise erst einmal mit den Bussen anfangen.

**„Ein wirtschaftlicher Neuanfang in der DDR kann nur Erfolg haben, wenn die jetzige Führung das Land rasch für westliche Investitionen öffnet, wenn sie marktwirtschaftliche Bedingungen schafft und privatwirtschaftliche Betätigungen ermöglicht.“** (Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, 10. 1. 1990)

Der Sozialismus hat abgewirtschaftet. Für weitere Experimente mit einem wie auch immer gearteten „neuen Sozialismus“ hat die Bevölkerung der DDR kein Verständnis. Die sozialistische Planwirtschaft in der DDR kann daher nur durch die Marktwirtschaft ersetzt werden. Alle Versuche, den unausweichlichen Reformprozeß in der DDR durch ein Zerrbild vom „Kapitalismus“ abzublocken, werden scheitern. Die Geschichte der von Ludwig Erhard eingeführten Sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland ist eine Geschichte des wirtschaftlichen Aufschwungs und beispielloser sozialer Leistungen. **Soziale Marktwirtschaft heißt, die Vorteile des Wettbewerbs mit den Notwendigkeiten sozialer Gerechtigkeit zu verbinden.** Es ist ein Trugschluß zu glauben, daß man gleichzeitig den „Sozialismus der DDR“ bewahren und den Lebensstandard der Bundesrepublik Deutschland haben kann. Nur die Dynamik und die Kreativität eines leistungssteigernden Wettbewerbs können die wirtschaftlichen und sozialen Probleme bestmöglich lösen. Soziale Partnerschaft und ökonomische Produktivität im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft ermöglichen die grundlegende Verbesserung des Lebensstandards, der Lebensqualität und der Lebenschancen für alle Bürger. **Rund zehn Jahre, so schätzt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, wird es dauern, bis die DDR-Wirtschaft sich auf westlichem Standard befindet. Voraussetzung dafür ist jedoch eine konvertible Währung.**

## II. Wie leistungsfähig ist die DDR?

Wo steht die DDR heute? Es zeichnet sich das Bild eines wirtschaftlich schwer angeschlagenen Landes mit einer unzureichenden Infrastruktur, das

seine Menschen noch nie gut versorgen konnte.

Der Oberbürgermeister von Dresden, Wolfgang Berghofer: „**Eine der Hauptursachen unserer wirtschaftlichen Misere bestand darin, daß wir die Leistungsmotivation als eine der entscheidenden Triebkräfte, also das Streben nach Gewinn, außer Kraft gesetzt haben.** Es wurde in manchen Bereichen um der Produktion willen produziert und nicht, um ein gebrauchsfähiges, qualifiziertes Endprodukt zu erzielen. Dazu war ein riesiger Verwaltungsapparat eingesetzt, der mehr gebremst als befördert hat.“ (in: Der Spiegel, Nr. 50/1989, 11. 12. 1989)

Die Ursache der Wirtschaftskrise in der DDR beschreibt **Wolfgang Heinrichs, Direktor des Zentralinstituts für Wirtschaftswissenschaften in Ost-Berlin**, folgendermaßen: Seit Mitte der achtziger Jahre wurde das Wirtschaftswachstum „zum Teil durch Inanspruchnahme von Quellen der Zukunftssicherung getragen, das heißt, um den Preis hohen Verschleißes auf vielen Gebieten der materiell-technischen Basis, zu Lasten der internationalen Wettbewerbsfähigkeit bei wichtigen Exporterzeugnissen“ sowie auf Kosten der Umwelt. (in: Frankfurter Rundschau, 7. 11. 1989)

## Arbeitsproduktivität

Löhne und Leistung haben in der DDR nichts miteinander zu tun. Das Gleichheitsideal der SED führt dazu, daß qualifizierte Arbeitskräfte, zum Beispiel Meister, oft weniger verdienen als einfache Arbeiter. Folge: Individuelle Leistung lohnt sich nicht. Auch deshalb liegt die Arbeitsproduktivität der DDR-Industrie mehr als 50 Prozent unter dem Niveau der Bundesrepublik.

So werden für die Herstellung eines TV-Gerätes in der DDR rund 800 Arbeitsstunden, in der Bundesrepublik Deutschland aber nur rund 20 Arbeitsstunden benötigt. Für einen Trabant sind 3.337 Arbeitsstunden nötig, für einen Fiat Uno nur 925. Dabei ist die Qualität der beiden Autos kaum vergleichbar.

Heinz Warzecha, Generaldirektor des Werkzeugmaschinenkombinates „7. Oktober“: „Mit der gegenwärtigen tatsächlichen produktiven Arbeitszeit kann in der Tat der materielle Lebensstandard westlicher Industrieländer nicht erreicht werden.“

In der Glasindustrie der DDR kann man mit Hilfe westlicher Importe zwar Thermoscheiben produzieren, die dazugehörigen Aluminiumrahmen aber müssen bis heute per Hand gefertigt werden. (Gunter Halm, Minister für Leichtindustrie, in: Handelsblatt v. 4. 1. 1990)

## Arbeitszeit

In der Bundesrepublik Deutschland beträgt die Durchschnittswochenarbeitszeit 39 Stunden, in der DDR 43¼ Stunden. Für Mütter mit zwei und mehr Kindern ist in der DDR die wöchentliche Arbeitszeit auf 40 Stunden

reduziert. Aber — Erfahrungsbericht von Betroffenen: „Bloß daß det in Wirklichkeit nicht stimmt“, so eine Übersiedlerin in einem Interview mit der Stuttgarter Zeitung: „Kaum gibt es einen Engpaß in der Produktion, schon kommen sie von der Gewerkschaft und fragen dich, ob du nicht doch ‚gesellschaftliche Reserven‘ freimachen kannst. Die fragen so lange, bis du ja sagst.“ (in: Stuttgarter Zeitung v. 18. 11. 1989)

### **An den Bedürfnissen vorbeiproduziert**

Prof. Siegfried Schiller, stellvertretender Direktor des Forschungsinstitutes Manfred v. Ardenne, bringt es auf den Punkt: „Sozialismus in der Gastronomie bedeutet eben allzu oft warmes Bier und kühle Bedienung.“ (in: Handelsblatt, 27. 12. 1989)

Günter Mittag hatte eine Direktive erlassen, alle Kombinate sollten mindestens fünf Prozent ihrer Kapazität zur Herstellung von Konsumartikeln nutzen. Planmäßig hatten die Kombinate Unsinniges, wie beispielsweise den „Tubenausquetscher“, kreiert, der heute in den Lagerhallen des Handels vergammelt. (Wirtschaftswoche Nr. 51, 15. 12. 1989)

„Der Verkäufermarkt bediente die Bevölkerung nur noch mit Schuhen gängiger Größen. Menschen mit extrem großen oder auffällig kleinen Größen blieben barfußig.“ (in: Wirtschaftswoche Nr. 51, 15. 12. 1989)

In der Planwirtschaft kann der einzelne seinen Nutzen nur finden, wenn er zugleich die Gemeinschaft schädigt. Ist das Wasser in der Miete enthalten, die Miete sehr niedrig, ein Kühlschranks aber nicht zu kaufen, läßt der Arbeiter seine Flasche Bier tagsüber unter geöffnetem Wasserhahn liegen, bis er abends heimkommt. Weil Schweinefutter teuer ist, werden die Schweine mit billiger (weil subventionierter) Marmelade und Brot gefüttert.

### **Unmenschliche Arbeitsbedingungen**

Aussagen von Arbeitern in der ARD-Sendung „Report“ zu den Arbeitsbedingungen in den Betrieben der DDR:

Kombinat Buna in Halle, das größte Chemiewerk der DDR: 20.000 Mitarbeiter stellen in veralteten Anlagen künstliche Gummi, PVC oder Chlor her. Bei der Chlorproduktion, 160.000 Tonnen pro Jahr, tritt ständig hochgiftiges Quecksilber aus.

Frage an einen Arbeiter, der seit zweieinhalb Jahren im Buna-Werk arbeitet: „Und Sie wissen auch, daß die Luft sehr quecksilberhaltig ist?“ — „Ja, auf jeden Fall. Ich weiß auch, daß das gesundheitsschädigend ist, bloß, das ist eben etwas, wo man sich ein bißchen was verdient. Da verdient man 1.000 Mark, und die hat man woanders nicht als Ungelernter.“ — „Sie nehmen also die Gesundheitsgefahren bewußt in Kauf?“ — „Ja.“

Ein Kollege mischt sich ein: „Da liegen Millionen Lachen von Quecksilber da unten im Keller. Eine Schluderei von oben. Die Instandsetzung hätten sie

vorher machen müssen. Und nicht jetzt, wo man die Farbe nicht mehr erkennt. Jetzt kriegen sie es nicht mehr raus.“

Im größten Pumpenkombinat der DDR in Halle wird in einer Putzerei ohne Atemschutz abgestrahlt. Ein Arbeiter zu den Arbeitsbedingungen: „Wie im Mittelalter würde ich sagen. Hier hat sich in den letzten Jahren überhaupt nichts, was Arbeitsschutz angeht, getan.“ Zur Staubbelastung: „Ja, das Problem ist der Mundschutz. Was es in der DDR als Mundschutz gibt, was wir selber hier im Betrieb verwenden, das besteht mehr oder weniger aus Pappe und Papier-Gemisch, da kriegt man keine Luft durch.“ Und: „Wir machen es jetzt 15 Jahre. Und wir hoffen, daß wir noch ein paar Jahre durchhalten.“

Ein Zuschauer der Life-Sendung in Dresden zu solchen Arbeitsbedingungen: „Na freilich kenne ich die. Ich arbeite selber im Zellstoffwerk Pirna, in einer sensiblen Anlage. Dort werden 100 Tonnen Chlor gelagert, also Flüssigchlor, und das geht alles in die Elbe. Was im Betrieb nicht verbraucht wird, geht in die Elbe rein.“

Die Erfahrungen eines anderen Zuschauers: „Nun, das ist nicht nur das Problem in den Betrieben selbst, wo solche Stoffe gelagert werden. Es gibt das Problem allgemein der Luftverschmutzung hier in Dresden, und die ganzen Betriebe sind — allein, was Klimaanlage betrifft — nicht darauf eingestellt auf Luftverschmutzung überhaupt. Das geht dahin, daß keine Filter eingebaut sind. Und wenn dann halt Smog in der Luft ist, es passieren kann, daß die Büroräume voll Smog sind, und daß diese ganze Ordnung und Gesetzgebung nicht darauf eingestellt ist, daß die Leute darin weiter arbeiten müssen, und das ist natürlich nicht zuträglich für die Gesundheit. Und das ist ein besonderes Problem hier in Dresden.“ (in: Die Welt v. 18. 1. 1990)

### **Selbständigkeit nicht gefragt**

Privates Unternehmertum ist in der DDR soweit wie möglich behindert und unmöglich gemacht worden. Steuern, die konfiskatorische Wirkung haben, ersticken freien Unternehmertegeist und Kreativität. Die Steuerprogression beträgt bei einem jährlichen Gewinn von 20.000 DDR-Mark bei Handwerkern 48 Prozent, bei Gewerbetreibenden sogar 80 Prozent und steigt bis auf 90 Prozent an.

Bisher dürfen Selbständige in aller Regel nicht mehr als zehn Beschäftigte haben. Wenn sie mehr als 1.000 Mark netto im Monat verdienen, werden Steuern von 75 bis 90 Prozent auf den zusätzlichen Verdienst fällig. Im Betrieb mitarbeitende Ehepartner dürfen nicht mehr als 2.000 Mark jährlich verdienen, wenn sie dem harten Griff der Steuer entgehen wollen. Ihre Leistungen unterliegen kleinlichen Planvorgaben, die Preise sind vorgeschrieben, die Löhne der Beschäftigten ebenfalls. Höhere Leistungen sind nicht möglich, weil Zulieferungen von Material, Ersatzteilen oder Investitionsmitteln fehlen, die von staatlichen Betrieben zugeteilt werden. (in: Die Zeit, v. 12. 1. 1990).

### III. Niedrige Einkommen, niedriger Lebensstandard

Es wird insbesondere aus der DDR immer wieder betont, daß der Lebensstandard in der DDR, gemessen an allen sozialistischen Ländern, der höchste sei. Die Menschen in der DDR interessiert dies nicht, sie stellen den Vergleich zum Lebensstandard ihrer Landsleute in der Bundesrepublik an.

#### Einkommen

Westdeutsche Arbeiter verdienen dreimal so viel wie ihre ostdeutschen Kollegen: Der Durchschnittsbruttolohn eines Industriearbeiters liegt in der Bundesrepublik bei rund 3.900 DM pro Monat, in der DDR dagegen bei rund 1.300 Mark/Ost.

Hat ein Haushalt in der Bundesrepublik (Zahlen von 1988) rd. 4.000 DM pro Monat zur Verfügung, so beträgt die Vergleichszahl für den DDR-Haushalt rund 1.900 Mark. Dies bedeutet, daß pro Haushaltsmitglied in der Bundesrepublik rund 1.800 DM, in der DDR jedoch nur rund 800 Mark zur Verfügung stehen. Das verfügbare Einkommen der Arbeitnehmer liegt also, je Haushalt gerechnet, nicht einmal halb so hoch wie in der Bundesrepublik Deutschland. Dabei ist berücksichtigt, daß die Preise in der DDR auf manchen Gebieten — Grundnahrungsmittel, Mieten, Verkehrsmittel — deutlich niedriger liegen. Der Einkommensrückstand hat sich in den letzten Jahren ständig vergrößert.

		1988:
<b>Bundesrepublik Deutschland:</b>	je Haushalt:	rd. 4.000 DM
	je Haushaltsmitglied:	rd. 1.800 DM
<b>DDR:</b>	je Haushalt:	rd. 1.900 Mark
	je Haushaltsmitglied:	rd. 800 Mark

Dazu kommt: In der Bundesrepublik Deutschland stehen nur knapp die Hälfte aller arbeitsfähigen Frauen im Berufsleben, in der DDR aber fast 90 Prozent. Das halb so große Nettohaushaltseinkommen in der DDR wird mit einer höheren Erwerbsbeteiligung, bei wesentlich längerer Arbeitszeit und geringerem Urlaubsanspruch erzielt. Hinter dem DDR-Haushaltseinkommen steckt also ein größerer Zeitaufwand.

Die unterschiedliche Kaufkraft in Deutschland-Ost und Deutschland-West wird auch deutlich, wenn man folgende Frage beantwortet:

Wie lange muß ein Arbeitnehmer arbeiten, um folgende Produkte kaufen zu können?

Herrenanzug:	Bundesrepublik Deutschland:	DDR:
	10 Stunden 49 Minuten	69 Stunden 38 Minuten

Farbf Fernsehgerät:	81 Stunden 34 Minuten	1.008 Stunden 56 Min.
Kühlschrank:	29 Stunden 54 Minuten	272 Stunden 19 Min.
Pkw:	694 Stunden 33 Min.	4.375 Stunden
Bohnenkaffee (250 g):	21 Minuten	4 Stunden 28 Min.
Schweineschnitzel (1 kg):	1 Stunde 1 Minute	1 Stunde 47 Min.

Es wird also deutlich, daß ein Arbeitnehmer in der DDR zum Erwerb insbesondere hochwertiger Konsumgüter sehr viel länger arbeiten muß als sein westdeutscher Kollege. So kann ein bundesdeutscher Arbeitnehmer einen Kühlschrank bereits nach knapp 30 Stunden Arbeitszeit, also mit weniger als einem Wochenlohn erwerben. Sein Kollege aus der DDR muß dafür über 272 Stunden arbeiten — und kann dennoch nicht sicher sein, daß Kühlschränke gerade erhältlich sind. Auch die Arbeitszeit für Textilien (im Beispiel der Herrenanzug) ist in der Bundesrepublik wesentlich niedriger als in der DDR, obwohl die Produkte unter qualitativen und modischen Gesichtspunkten überhaupt nicht vergleichbar sind. Interessant ist: Obwohl die Pro-Kopf-Erzeugung von Schweinefleisch in der DDR fast doppelt so hoch ist wie in der Bundesrepublik, kann in der Bundesrepublik ein Kilo dieses Fleisches nach rund einer Stunde Arbeit erworben werden, in der DDR jedoch erst nach fast 2 Stunden.

Generell gilt: Für langlebige technische Verbrauchsgüter (Pkw, Fotoapparate, Kühltruhen, Farbf Fernsehgeräte, Motorräder usw.) müssen die Käufer in der DDR bei sehr viel niedrigerem Einkommen vergleichsweise erheblich höhere Preise in Kauf nehmen als die Bürger in der Bundesrepublik Deutschland. Darüber hinaus sind viele dieser Güter erst nach langen Wartezeiten erhältlich.

### **Ausstattung mit Gebrauchsgütern des gehobenen Bedarfs**

Der Lebensstandard in der DDR liegt heute bei etwa einem Drittel des unsrigen. Nur jeder zweite DDR-Haushalt verfügt über einen Pkw (Bundesrepublik Deutschland 95 je 100 Haushalte), der im Durchschnitt 13 bis 14 Jahre alt ist. Hinzu kommt, daß die Wartezeiten zum Erwerb eines Pkw zwischen 15 und 20 Jahre betragen. Ebenfalls nur jeder zweite Haushalt besitzt einen Farbf Fernseher (Bundesrepublik 91 je 100 Haushalte). Telefon ist in der DDR noch immer ein begehrtes Luxusgut. Es gibt über 1 Million unerledigte Anträge. Nur jeder sechste Haushalt besitzt einen Anschluß, während er in der Bundesrepublik zur üblichen Ausstattung eines Haushalts gehört. Neuartige Produkte wie Mikrowellenherde, Videorekorder, Heimcomputer oder CD-Player sowie Geräte mit hohem Stromverbrauch (Geschirrspüler, Wäschetrockner, Radiatoren) fehlen (fast) gänzlich im Angebot.



## Versorgung mit Konsumgütern

Leserbrief im „Neuen Deutschland“ vom November 1989: „In den Schaufenstern liegen fast nur schlechte und unansehnliche Bekleidungsstücke, natürlich das gleiche in den Regalen. Kommt endlich ein Importschub, dann steht sofort eine lange Schlange. Und natürlich geht davon noch viel unter der Hand der Verkäuferinnen weg.“

## Urlaubsanspruch

Bundesrepublik Deutschland: 30 Arbeitstage  
 DDR: 18 Arbeitstage

Für Mütter mit mehr als zwei Kindern gilt in der DDR die 40-Stunden-Woche, ab dem 3. Kind können sie 21 Tage Urlaub beanspruchen.

## IV. Schlechte Wohnqualität

Der Wohnungsbestand in der DDR ist total veraltet. Mehr als 40 Prozent der Wohnungen wurden noch vor dem 1. Weltkrieg gebaut und genügen nicht mehr den heutigen Ansprüchen der Bevölkerung.

Obwohl Wohnen in der Bundesrepublik viel teurer ist als in der DDR (ca. 24 % des Haushaltseinkommens gegenüber rund 6 %), verfügen die Bürger der Bundesrepublik über größere Wohnflächen (37 m<sup>2</sup> gegenüber 26 m<sup>2</sup> je Einwohner). Außerdem sind die Wohnungen in der DDR nicht frei erhältlich, sondern sie werden den Wohnungssuchenden weitgehend von staatlichen Stellen und von den Betrieben zugeteilt.

Völlig außer acht bleibt im übrigen bei dieser rein statistischen Betrachtung der Komfort der Wohnungen. Auf Komfort, an den jeder Westdeutsche wie selbstverständlich gewöhnt ist, müssen DDR-Einwohner noch weitestgehend verzichten. Professor Herbert Frey, der ehemalige Leiter des betriebswirtschaftlichen Instituts der Deutschen Bauindustrie (West) ermittelte: Nur 41 Prozent der DDR-Wohnungen sind mit Zentralheizung ausgestattet (Bundesrepublik 71 Prozent). Über Bad und Dusche verfügen in der DDR 77 Prozent der Wohnungen (Bundesrepublik 86 Prozent). Knapp ein Drittel der DDR-Bürger müssen sich zur Gemeinschaftstoilette auf den Hof oder ins Zwischenstockwerk bemühen (in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt, v. 8. 12. 1989)

Im Heft 1/1983 der DDR-Zeitschrift „form + zweck“ schrieben die Architekten Herbert Pohl und Wolf Dietrich Werner über den Berliner Stadtbezirk Prenzlauer Berg: „Die Verkehrsbelegung erzeugt seit langem eine unzumutbare Belastung durch Lärm, Abgase und Staub . . . Es besteht ein absoluter Mangel an Grün und Freiflächen. Nur sehr wenige Straßen sind baumbestanden . . . Die veränderte Netzstruktur der Handels- und

Dienstleistungseinrichtungen führte zu straßenweiter Verödung, meistens auch zu einer Verwahrlosung der Erdgeschoßzone . . . Es gibt einen hochgradigen Mangel an kulturellen Einrichtungen. Es fehlen Kultureinrichtungen, die den Bedingungen der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Geschichte des Bezirkes entsprechen. Die jahrzehntelange Vernachlässigung der regelmäßigen Instandsetzungsarbeiten an Dächern und Fassaden erzeugt in diesem durch Bauschäden gekennzeichneten Stadtteil vielfach den Eindruck von Armut.“

Das hatte keine Auswirkungen auf das Baugeschehen. Notwendige Instandsetzungsarbeiten wurden nicht ausgeführt. Die Schäden sind jetzt teilweise irreparabel. Dem Prenzlauer Berg stehen Flächenabbrisse bevor. Um so konsequenter wurde gegen die beiden Autoren vorgegangen. Sie verloren ihren Arbeitsplatz, mußten sich in Disziplinar- und Parteiverfahren verantworten. Auch der Chefredakteur mußte seinen Hut nehmen (in: FAZ v. 4. 11. 1989).

Immer mehr kommt ans Licht:

Leserbrief im „Neuen Deutschland“ vom November 1989: „Jawohl, der VEB Stadtbaubetrieb erfüllt den Plan der Statistik durch Wohnungsübergabe in der Dortusstraße, aber Wochen später mußte die kinderreiche Familie ausziehen, weil der Putz in drei Zimmern von der Decke fällt.“

## V. Soziale Illusion in der DDR

Die Sozialpolitik in der DDR wird häufig als vorbildlich bezeichnet. Tatsache aber ist: Das System der sozialen Sicherung in der DDR hat mehr mit „Verunsicherung“ als mit dem Gedanken der „Sicherung“ zu tun. Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist groß.

### Sozialversicherung

In der DDR entrichten die Erwerbstätigen und die Betriebe wie in der Bundesrepublik Sozialversicherungsbeiträge. Da es sich um eine Einheitsversicherung handelt, gibt es nur einen Beitragssatz. Er beträgt 22,5 Prozent des versicherungspflichtigen Bruttoeinkommens, wobei der Betrieb 12,5 Prozent, der Versicherte 10 Prozent zu tragen hat. Der höchste Eigenanteil der Versicherten beträgt somit 60 Mark. Die Beitragssätze in der Bundesrepublik Deutschland liegen in der Rentenversicherung bei 18,7 Prozent (9,3 Prozent Arbeitnehmer), in der Krankenversicherung bei 12,9 Prozent, in der Arbeitslosenversicherung bei 4,2 Prozent.

Die Beitragssätze in der DDR sind so gering, daß die Ausgaben der Sozialversicherung in der DDR die Beitragseinnahmen seit den 50er Jahren mit zunehmender Tendenz übersteigen. Wenn der Staat 1960 über die Defizitfinanzierung noch 20 Prozent der Ausgaben trug, waren es 1989 über 45 Prozent. Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich aufgrund ihrer

soliden und umfassenden Finanzierung auf einer weitaus besseren Basis. Bezuschußt wird hier lediglich die Rentenversicherung mit einem Anteil von 19 Prozent.

## Renten — und was man davon erwerben kann

Ein Vergleich zwischen dem Einkommen der Rentner in der DDR und der Bundesrepublik Deutschland zeigt, daß die Rentner in der DDR im Vergleich mit dem Durchschnitt der hiesigen Rentner ein ärmliches Leben führen. 1987 betrug die Durchschnittsrente in der DDR 377 Mark, das waren 41,4 Prozent der durchschnittlichen Nettolöhne und -gehälter. Zum Vergleich: ein bundesdeutscher Durchschnittsrentner erhielt 1987 nach 45 Versicherungsjahren durchschnittlich 1.598 DM. 1989 bekam dieser Durchschnittsrentner aufgrund der dynamischen Ausgestaltung unserer Renten bereits 1.727 DM. In der DDR gibt es keine Dynamisierung der Renten, d. h. es erfolgt keine jährliche Anpassung an die allgemeine Einkommensentwicklung.

Da die Rentner in der DDR nicht wie in der Bundesrepublik Deutschland an der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung teilnehmen, wurde in der DDR eine Mindestrente eingeführt, ohne die viele Rentner weit unter der Existenzgrundlage leben müßten. Die Mindestrente ist nach Arbeitsjahren gestaffelt und liegt seit 1984 zwischen 300 und 370 Mark. So erhält ein Arbeiter, der 45 Jahre und mehr gearbeitet hat, mindestens eine Rente von 370 Mark.

Die Lebens- und Genußmittel des gehobenen Bedarfs sind in der DDR sehr teuer, so daß sich der Rentner diese fast überhaupt nicht erlauben kann. Ein Pfund Bohnenkaffee mittlerer Qualität z. B. kostet in der DDR etwa 45 Mark — für einen Rentner unerschwinglich, er muß auf Malzkaffee und den billigeren Tee ausweichen. Eine Tafel Schokolade mittlerer Qualität kostet ca. 3 Mark, eine Tafel in der bei uns üblichen Qualität aber schon 6 Mark. Südfrüchte — wenn sie überhaupt zu haben sind — kosten etwa das Doppelte bis das Dreifache dessen, was wir dafür bezahlen müssen — und bleiben so für den DDR-Rentner ebenso unerreichbar. Bei Bekleidung behilft sich der normale Rentner in der DDR damit, daß er auf die billigen Qualitäten zurückgreift.

Angesichts der niedrigen Renten in der DDR arbeiten viele ältere Menschen über das 65. Lebensjahr hinaus. Nach Schätzungen arbeiten rund 15 Prozent der DDR-Rentner; nicht weil sie wollen, sondern weil sie es finanziell müssen.

## Gesundheitswesen in der DDR

Das Gesundheitswesen in der DDR hat im Land selber ein sehr geringes Ansehen. Bezeichnend ist, daß das Gesundheitswesen als „nicht

produzierender Bereich“ und die Beschäftigten im Gesundheitswesen als „Nichtproduktive“ bezeichnet werden. Das staatlich gelenkte Gesundheitswesen der DDR ähnelt im Versorgungsniveau mehr einem Entwicklungsland als einer modernen Industrienation.

Die Zahl der freien Arztpraxen hat im Zeichen des Sozialismus ständig abgenommen. Eine hausärztliche Versorgung gibt es praktisch nicht. Wenn DDR-Gesundheitsminister Klaus Thielmann feststellt, daß die rund 800 niedergelassenen Ärzte dreimal soviel leisten wie die beim Staat angestellten, wirft dies ein bezeichnendes Licht auf einen weiteren Mangel des Systems: fehlende Motivation. Grund dafür ist auch der geringe soziale Status, der sich in den Minigehältern (ein Facharzt für Kinderheilkunde verdient nur etwa 300 DM mehr als ein Werftarbeiter in Rostock) ausdrückt. Zudem sind die Ärzte durch ihre Einbindung in die Gesundheitsgewerkschaft kaum in der Lage, ihre Rahmenbedingungen auch nur geringfügig zu verändern. Der politische Druck von seiten der Parteifunktionäre, die in der Regel auch die Ambulatorien und Kliniken leiten, ist zu groß, um eine Veränderung herbeizuführen.

Ein grundlegender Mangel ist die schlechte Versorgung mit dem primitivsten medizinischen Material. Über eine dem westlichen Standard vergleichbare Ausstattung mit Medizintechnik für Operationen und Diagnostik verfügen nur wenige Vorzeigekliniken in den großen Städten. Auf dem Land wird der Mangel verwaltet. Viele Einrichtungen sind baufällig. Dabei hat die DDR ihre Gesundheitsausgaben von 1970 bis 1987 von 4,3 auf 15 Mrd. DDR-Mark fast vervierfacht.

In der DDR hat ein Arzt 400 Einwohner, in der Bundesrepublik Deutschland 346 Einwohner zu versorgen (1988). Wie in der Wirtschaft, so werden auch im Gesundheitswesen die Ressourcen fehl gelenkt: überflüssige Arztplanstellen in Armee- oder Regierungsspitalern, zeitraubende Pflichtkurse in Marxismustheorie für Ärzte und Schwestern, Teilnahme an Wehrübungen oder pflegefremde Tätigkeiten in renovierungsbedürftigen Hospitälern verstärken die Versorgungsmängel. Die fehlende Niederlassungsfreiheit führt zwangsläufig zu einer Vernachlässigung der Gesundheitsversorgung auf dem flachen Land.

Während die einfache Frau für eine Untersuchung beim Gynäkologen selbst ein Handtuch mitbringen muß und Ärzte, Pfleger und sonstiges Personal fehlen, sind die Spezialkliniken für die Partei- und Staatsprominenz sowie die für Armee, Polizei und Staatssicherheit reservierten Kliniken personell und materiell bestens ausgestattet (in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt v. 1. 12. 1989)

## Sozialfürsorge / Sozialhilfe

Die DDR-Medien haben immer besonders auf die niedrige Zahl der Empfänger von Sozialfürsorge verwiesen. Tatsache ist, daß im Jahre 1984 nur

ca. 12.500 Empfänger laufende Unterstützungen aus der Sozialfürsorge erhielten. Tatsache ist aber auch, daß die Grenze für Sozialfürsorgefälle sehr hochgeschraubt worden ist.

Auch die Leistungen liegen auf unterstem Niveau. Alleinstehende erhalten 260 DDR-Mark, Ehepaare 420 DDR-Mark, wobei jedes Kind zusätzlich noch mit 45 DDR-Mark angerechnet wird. Diverse Zuschüsse zu Dingen des alltäglichen Bedarfs sind abhängig von der Gnade der Ämter.

Im Gegensatz dazu bietet die Sozialhilfe in der Bundesrepublik Deutschland umfassende Leistungen. Die Sozialhilfeausgaben der Länder und Kommunen beliefen sich 1988 für Geld- und Sachleistungen und Hilfeempfänger auf 27 Mrd. DM. Die Leistungen gliederten sich im einzelnen wie folgt:

- 11 Mrd. DM auf Hilfen zum Lebensunterhalt (Einkommen des Hilfebedürftigen, Übernahme der Mietkosten, Übernahme von Zahlungen für größere Anschaffungen, Mehrbedarfzuschläge)

- 16 Mrd. DM für Hilfen in besonderen Lebenslagen, hierzu zählen insbesondere Hilfen zur Pflege (8,7 Mrd. DM), Eingliederungshilfen für Behinderte (5,4 Mrd. DM) und Krankenhilfen (1,4 Mrd. DM).

## VI. Umweltverschmutzung als Normalzustand

Die DDR-Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ berichtete am 9. 1. 1990 über das Leben in der Gemeinde Mölbis (Bezirk Leipzig), die von Giftwolken eines nahegelegenen Betriebes eingenebelt wird. „Daß hier die Schadstoffbelastung hoch ist, wußten wir, aber so schlimm hatten wir es nicht erwartet“, heißt es.

Durch die starke Umweltbelastung häufen sich in der Gemeinde bei Kindern Hautekzeme und Erkrankungen der Atmungsorgane. Auch Tbc sei wieder aufgetreten, schreibt das Blatt zu Befragungen im Kindergarten. Eine Kinderärztin verwies darauf, daß mehr als ein Drittel der Kinder an chronischer Bronchitis und Ekzemen leide. Die Anfälligkeit und die Dauer der Erkrankungen hätten zugenommen. Daten über die

Schwefeldioxidbelastung zeigen, daß nur am 21. und 22. Dezember die Belastung unter dem Grenzwert lag, der sonst bis zum Zehnfachen überschritten wurde. Dort gebe es eine überdurchschnittliche Umweltbelastung, die Häuser verfallen lasse und Eisen in anderthalb Jahren bis zur Unkenntlichkeit verändere (nach dpa-Agenturmeldung v. 9. 1. 1990).

Ein Reporterteam der Zeitung „Bild“ hat Mölbis besucht, hier ein paar Eindrücke:

„Man fährt auch mittags mit Licht. Der Gasgeruch drängt sich ins Auto. Wir husten. Die Augen brennen, seit wir aus Leipzig raus sind . . . Wir kriegen Hustenkrämpfe, als wir herumlaufen. Die Augen tränen. Uns ist übel. Die

Vereinten Nationen haben Mölbis bereits vor Jahren für unbewohnbar erklärt: bis 1986 wollte das Ost-Berliner Umweltministerium den Ort räumen lassen . . . Doch die Menschen von Mölbis glauben nicht, „daß man hier jemals lebend rauskommt.“ Im Aushang an der Kirche kann man's lesen: „Der Rat von Mölbis wurde am 28. 12. 1989 informiert, daß die Umsiedlung bis Juni 1992 nicht möglich ist.“ . . . Alle Kinder der Region sind blaß, kränklich, haben fünfmal so häufig Asthma wie der Durchschnitt, sagt die Bezirksärztin Dr. Ingrid K. . . . Die Feldkaninchen sind ausgerottet. Schmetterlinge kennen die Kinder nur aus ihren Malbüchern. Längst baut niemand mehr Gemüse an; zuletzt war die Petersilie weiß statt grün. Das Laub fällt im Mai von den Bäumen.“ (in: Bild, v. 13. 1. 1990)

Kommentar der Ost-CDU-Zeitung „Neue Welt“ zur Umweltpolitik der SED: „Minister Reichelt (DBD), zuständig für Naturschutz, Umweltschutz und Wasserwirtschaft, ist zurückgetreten. Was hinterläßt er, was ist da über uns gekommen, durch eine letztendlich von der SED zu verantwortende Umweltpolitik? Trinkwasser, dessen Zusammensetzung zum wohlgehüteten Staatsgeheimnis wurde. Oberflächenwasser, das im Bitterfelder Raum vermutlich 500mal schlechter als im Hamburger Hafen ist. Wälder, durch Umweltverschmutzung und sauren Regen zum Sterben verurteilt. Böden, die durch intensive Viehhaltung und Düngung verseucht wurden. Müll, den er für harte D-Mark eingekauft hat. Landschaften, die durch den Braunkohletagebau zu Mondlandschaften wurden. Die Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen. Herr Reichelt zieht sich mit 65 auf sein hoffentlich nicht verschmutztes Altenteil zurück. Unsere Kinder haben ihr Leben noch vor sich. So bleibt uns nur die Schlußfolgerung, Ministern schon während ihrer Amtszeit auf die Finger zu sehen!“ (ADN, 11. 1. 1990/0509, in: BPA/DDR-Spiegel, v. 12. 1. 1990)

## Wasser

■ Experten des Leipziger Bezirks-Hygieneinstituts meldeten im Dezember 1989, ein Viertel der Wasserwerke im Umland speise Trinkwasser mit unerlaubt hohem Nitratgehalt in die Leitungen der Privathaushalte. (in: Der Spiegel, 2/90, 8. 1. 1990)

■ Die DDR liegt um Jahrzehnte hinter West-Standards zurück. Jedes Jahr, so hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in West-Berlin ausgerechnet, richte die DDR für 30 Milliarden neue Umweltschäden an. Allein für die Sanierung des vergifteten Gewässersystems der DDR seien, so schätzen Experten, 100 Milliarden Mark notwendig. Noch einmal soviel würde es kosten, die Energieerzeugung auf umweltverträglichere Verfahren umzustellen. (in: Der Spiegel, 2/1990, 8. 1. 1990)

■ 21 Millionen Tonnen Quecksilber fließen jährlich über die innerdeutsche Grenze. Um in einem Jahr sechs Tonnen dieses giftigen Schwermetalls aus der Elbe herauszufiltern, wären in der Bundesrepublik milliardenschwere Investitionen notwendig.

- Die chemischen Werke Buna bei Halle (Slogan: „Plaste und Elaste aus Schkopau“) kippen mit 20 Kilogramm Quecksilber täglich fast zehnmal soviel in die Saale, wie der westdeutsche Chemieriese BASF in Ludwigshafen in einem Jahr in den Rhein abläßt — mit dem Quecksilber könnten jährlich drei Millionen Fieberthermometer hergestellt werden. (in: Der Spiegel, 2/90, 8. 1. 1990)
- Durch die Gifteinleitungen der Chemiebetriebe sind in der DDR dreimal mehr Flußkilometer biologisch tot, als die Wolga, der längste Strom Europas, an Wasserstrecke hat. Auf rund 10.000 Flußkilometern, in etwa einem Drittel der DDR-Gewässer, ist nach Expertenschätzung jegliches Leben erloschen, nur drei Prozent der Seen haben noch Trinkwasserqualität. (in: Der Spiegel, 2/90, 8. 1. 1990)
- Die Elbe ist zur Kloake verkommen. In vielen Großstädten der DDR sind die Sielnetze verrottet und die städtischen Kläranlagen vernachlässigt. (in: Handelsblatt, 20. 12. 1989)

## Luft

- Die DDR zählt mit zu den größten Umweltverschmutzern in Europa. Gemessen am Schwefeldioxid- und Stickstoffausstoß pro Einwohner und Jahr ist die Luftverschmutzung in der DDR rund 3,5mal so hoch wie in der Bundesrepublik.
- Plötzlich gibt der Naturschutzbeauftragte des Bezirks Magdeburg, Heinz Quitt, unumwunden zu, daß „der Hochharz“ schon „vollständig, und zwar stark, geschädigt“ ist. (in: Der Spiegel, 2/90, 8. 1. 1990)
- In der DDR wird mit 5,6 Millionen Tonnen pro Jahr mehr von dem Waldgift Schwefeldioxid emittiert als irgendwo sonst in Europa — sie ist, gemessen an ihrer Größe, nach einer Aufstellung des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), „fünfmal so stark mit Luftschadstoffen belastet“ wie die Bundesrepublik.
- Ein einziger der rund 3,5 Millionen Zweitakt-Wagen vom Typ Wartburg und Trabant bläst soviel Kohlenmonoxid aus dem Auspuffrohr wie 100 westliche Katalysator-Autos — der Trabi, von der „Zeit“ zum „Auto des Jahres“ 1989 gekürt, ist zugleich die schlimmste mobile Giftschleuder des Jahrzehnts. (in: Der Spiegel, 2/90, 8. 1. 1990)
- Allein das Kraftwerk Boxberg bei Cottbus schlägt diverse Schmutzrekorde: Die Braunkohleöfen dieses einen Werkes, immerhin schon Nachkriegsmodelle, blasen mehr Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>) in den düsteren Himmel über der Lausitz als alle Kraftwerke Norwegens und Dänemarks zusammen: rund 460.000 Tonnen, Jahr für Jahr. (in: Der Spiegel, 2/90, 8. 1. 1990)
- Das Kohleverschwelungswerk Espenhain südlich von Leipzig läßt pro Tag 4,4 Tonnen Schwefelwasserstoff in die Luft — genug, um zwei Milliarden

Menschen, würden sie den Giftstoff direkt einatmen, damit umzubringen. Das Hüttenkombinat „Albert Funk“ in Freiberg bei Karl-Marx-Stadt verstreut Arsen- und Bleistaub über die Region; Spuren davon fanden sich im Urin und in den Haaren von Kindern. (in: Der Spiegel, 2/90, 8. 1. 1990)

■ Von Rostock bis Dresden entweichen pro Jahr aus drei Dutzend Braunkohle-Großkraftwerken und mehr als 300 kleinen Heizkraftwerken rund sechs Millionen Tonnen Schwefeldioxid in die Luft. Das ist dreimal soviel wie in der zweieinhalbmal so großen Bundesrepublik. Die DDR hat die höchsten Schwefeldioxid-Emissionen pro Einwohner: rund 300 Kilo jährlich — doppelt soviel wie in Polen.

In der Folge sind, wie kirchliche Umweltgruppen jetzt veröffentlicht haben, schon drei Viertel der Wälder des Landes schwer geschädigt. In Städten gehört der Smog zum Alltag. Schwer belastet mit Staub ist das Braunkohlerevier um Cottbus. (in: Handelsblatt, 20. 12. 1989)

■ Die Umweltkrise ist unter anderem eine Folge der kommunistischen Wirtschaftspolitik. Die SED betrieb vor allem die Entwicklung der Schwerindustrie und wollte zugleich im Energiebereich weitgehend autark sein. Dazu wurden die riesigen Braunkohlevorkommen im Südosten der DDR ausgebeutet. Doch bei dem Bau der Kraftwerke wurde aus Kostengründen auf den Einbau von Filtern verzichtet — selbst im modernsten Werk, in Jämschwalde, obwohl die verheerenden Folgen des Schwefeldioxid-Ausstoßes bereits offenkundig waren. (in: Welt am Sonntag, 10. 12. 1989)

■ Aus dem Raum Halle ist der ärztliche Erfahrungswert bekannt, daß von drei möglichen umweltbedingten Krankheitsbildern — Augenreizungen, Atemwegsleiden, Hautekzeme — nahezu jeder Einwohner mindestens eines aufweise.

Und außerdem: Durch unwirtschaftlich arbeitende Kraftwerke, veraltete Stromleitungen und sinnlose Subventionen für Privatverbraucher wird soviel Primärenergie verpulvert, daß ein Land wie Dänemark seine komplette Energieversorgung aus den Einsparpotentialen bestreiten könnte — als Energieverschwender steht die DDR weltweit auf Platz eins.